

Stoppt den Waffenhandel und die militärische Rüstung!

Nach einer aktuellen Emnid-Umfrage sind über 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland für ein Verbot von Rüstungsexporten. Aber für die Bundesregierung gibt es beim Waffenhandel so gut wie keine Grenzen mehr. Nach Einschätzung des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI hatten die deutschen Ausfuhren von konventionellen Großwaffen zwischen 2006 und 2010 einen Anteil von 11 Prozent am weltweiten Handel mit solchen Gütern. Wichtigste Abnehmer waren Griechenland (15 Prozent), Südafrika (11 Prozent) und die Türkei (10 Prozent). Nach der gleichen Quelle sind die deutschen Rüstungsexporte zwischen 2006 und 2010 um 96 Prozent gegenüber dem Zeitraum zwischen 2001 und 2005 gestiegen. Die Exporte von Kriegsschiffen machen etwa 44 Prozent des Wertes der erfassten Ausfuhren aus. Bei vielen dieser Transfers haben Lieferungen von Materialpaketen zur Fertigung im Empfängerland eine wichtige Rolle gespielt. Zudem wurden neue Verträge über künftige Rüstungslieferungen im Wert von über fünf Milliarden Euro geschlossen. Ein Drittel der neuen Genehmigungen betreffen Länder außerhalb der EU und NATO – darunter Afrika und die Golfstaaten. „Wer immer mehr U-Boote, Kriegsschiffe, Panzer und Maschinengewehre liefert, gießt vorsätzlich Öl ins Feuer bestehender Konfliktherde“, kritisiert Paul Russmann, einer der Sprecher der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Von 2001 bis 2009 wurden Rüstungsexportgenehmigungen für 63,8 Milliarden Euro erteilt. Der geheim tagende Bundessicherheitsrat hat beispielsweise im vergangenen Sommer dem Verkauf von 270 Panzern vom Typ Leopard 2 an Saudi-Arabien zugestimmt. Das Regime des ölreichen Landes lässt keine Opposition zu, unterdrückt die Frauen und intervenierte militärisch bei einem Aufstand im Nachbarstaat Bahrain. In 18 Ländern werden Leopard-Panzer bislang eingesetzt, unter anderem in Chile, in der Türkei und in Singapur. Auch die Bundeskanzlerin setzt sich aktiv für Rüstungsexporte ein, beispielsweise in einem Brief an den indischen Premierminister Mammohan Singh für den Kampfjet Eurofighter.

Für die Konzerne Kraus-Maffei Wegmann, EADS, Rheinmetall, ThyssenKrupp und Heckler & Koch sind die Rüstungsexporte ein Riesengeschäft. Aber vielen Menschen in Krisen- und Kriegsgebieten des Nahen Ostens, Afrikas und Asiens bringen diese Waffen aus Deutschland den Tod.

Tödliche Technologie

Seit Jahren jagen die USA ihre Feinde mithilfe unbemannter Drohnen. Ausgerechnet in der Amtszeit von Friedensnobelpreisträger Obama hat das Land auf die Weise so viele Menschen getötet wie nie zuvor. Denn Drohnenangriffe treffen nicht nur Terroristen, sondern auch Zivilisten. Nach Schätzungen des britischen Büros für investigativen Journalismus war jedes fünfte der mehr als 2.000 Drohnenopfer seit 2004 Zivilist. Dabei steht die Welt erst am Anfang eines internationalen Wettrüstens mit Drohnen, die mit Waffen bestückt werden können. Bislang nutzen neben den USA nur Israel und Großbritannien die Technologie. Derzeit entwickeln oder kaufen bis zu 50 weitere Länder Drohnensysteme.

Krieg, Tod und Elend

Wie sinnlos und menschenverachtend der Einsatz militärischer Waffen ist, zeigt der Krieg der USA im Irak. Die amerikanischen Soldaten haben nun das Land verlassen. Mit der Niederlage verbunden ist die Erinnerung an die ehemalige Weltmacht, die 2003 im Irak mit einer halben Million Soldaten einmarschierte und den Irak demokratisieren wollte. Zurück bleibt ein Land im Chaos. Mindestens 100.000, manche Schätzungen rechnen mit bis zu 600.000, irakische Zivilisten kamen seit dem Einmarsch der US-Truppen im März 2003 ums Leben. Fast 4.500 Gefallene haben die USA zu beklagen, zudem 32.000 Verwundete, wovon ein Fünftel als Invaliden heimkehrte. Barbarische Verbrechen, die von Politikern und Militärs der USA zu verantworten sind!

Alltag im Irak – das ist der tägliche Kampf der Menschen ums Überleben: Wassermangel, Stromknappheit, Arbeitslosigkeit, Polizeiwillkür und die Gefahr von Anschlägen. Regierung und Parlament sind heillos zerstritten, politische Stabilität scheint unerreichbar. Demokratische Verhältnisse wurden nicht erreicht. Noch immer zählt das Land rund 30 Terroranschläge pro Woche. Diktator Saddam Hussein wurde gestürzt, doch Frieden und Wiederaufbau bleiben dem Land nach neun Jahren amerikanischen Kriegseinsatzes verwehrt.

Krieg ist immer eine humanitäre Katastrophe. Auch in Afghanistan hat sich nach zehn Jahren Krieg mit Drohneneinsatz, völkerrechtswidrigen gezielten Tötungen und unschuldigen zivilen Opfern nichts verbessert. Laut dem Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) mussten zwischen 2006 und 2010 etwa 730.000 Menschen hauptsächlich als Folge von Kampfeinsätzen der westlichen Truppen fliehen. Der Tod unschuldiger Menschen ist eine einzige Schande. Im Jahr 2006 wurden 929 Zivilisten getötet, 2007 waren es 1.523, 2008: 2.118, 2009: 2.412, 2010: 2.777. Im Jahr 2011 waren es nach bisherigen Schätzungen etwa 3.200. Auch Deutschland ist für diese Tötungen verantwortlich!

Aber die nächsten Kriege werden zur Erhaltung und Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen vorbereitet. Die US-Regierung will ihre wichtigsten Verbündeten in der arabischen Welt, Saudi-Arabien und Irak, mit milliardenschweren Waffenlieferungen massiv aufrüsten. Flugzeuge, Hubschrauber, Raketen, Bomben, Radarwarnsysteme und Nachtsichtgeräte werden geliefert. Auch Deutschland beliefert das fundamentalistische Saudi-Arabien mit Panzern und Waffen. Die *New York Times* berichtet, dass die Regierung von Präsident Barack Obama außer den Lieferungen an Saudi-Arabien noch ein weiteres Rüstungsgeschäft mit dem Irak durchziehen will. Es geht dabei um den Verkauf von Kriegsmaterial im Wert von elf Milliarden Dollar.

Es gibt keine überzeugende Rechtfertigung für einen Kriegseinsatz. Es muss endlich Schluss sein mit dem Töten unschuldiger Menschen! Der Krieg ist kein vertretbares Mittel zur Durchsetzung menschenwürdiger Verhältnisse.

Franz Kersjes